Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 6gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 36. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Sonnabend den 12 Februar 1927**

Der Reichskanzler für Minister von Keudell

Keudell-Debatte im Reichstage.

Alle Mißtrauensanträge abgelehnt.

Irgendwo stand zu lesen, die neue Reichsregierung werde am Freitag die erste Feldschlacht zu liefern haben. Und zwar um die Position des Reichsinnenministers von Keudell, der von der Opposition stark bedrängt wurde, der unbedingt als Opfer fallen sollte. Dieses Vorhaben ist gescheitert, das Kabinett hat die Feldschlacht mit Leichtigkeit gewonnen. Die Angriffspläne waren bekannt, die Verteidigungslinie genau umrissen, Überraschungen kaum zu erwarten. So war der Reichstag, abgesehen von den Schlachtenbummlern der Zuhörertribüne, mäßig besetzt, als der Kommunist Torgler das Geplänkel eröffnete. Man erregte sich nicht bei seiner Rede, nur als er Herrn von Keudell den Mannesmut absprach, rügte der Wahrer der reichstagsichen Würde, Präsident Löbe, diese Entgleisung. Reichskanzler Dr. Marx berichtete in seiner gewohnten ruhigen Redeweise über das Ergebnis der von ihm angestellten Untersuchung in der Sache Keudell. Er hat keinerlei Fehl gefunden, der Herrn von Keudell für sein Amt unfähig mache. Der Kanzler schäumt allerdings trotz aller Gelassenheit etwas auf, als von den Bänken ganz links seine Angaben andauernd durch Zwischenrufe angezweifelt werden. „Sie," ruft er, zur Linken gewendet, „haben das Urteil ja schon gesprochen, aber Ihre Kundgebungen sind eine Unverfrorenheit ersten Ranges." Wenn somit selbst dem geduldigen Kanzler einmal der Geduldsfaden riß, so hatte er einige Minuten vorher seine friedliche Gemütsart bekundet, als er den Temperamentsausdruck eines kommunistischen Abgeordneten mit an die Entgegnung geknüpften Worten „Mein lieber Freund" beschwichtigte. Darob allgemeines Schmunzeln im ganzen Hohen Hause. Schließlich gab der Kanzler Herrn von Keudell sein ganz persönliches Vertrauen zu erkennen. Er sei überzeugt, in ihm einen treuen Helfer in der Wahrung der Verfassung gefunden zu haben. Reichsinnenminister von Keudell bekundete kurz, nach seiner ganzen Lebensauffassung werde er selbstverständlich zu seinem Eide stehen, und er erachte es als seine besondere Pflicht, für den Schutz und das Ansehen der Deutschen Republik zu sorgen. Der rheinländische Zentrumsabgeordnete von Guérard erklärte im Namen seiner Partei, der Vorbehalt, den das Zentrum am 5. Februar an sein Vertrauensvotum geknüpft habe, sei erledigt, man werde alle Mißtrauensanträge ablehnen.

Damit war der Tag entschieden. Abgeordneter Landsberg von den Sozialdemokraten kann trotz mancher scharf pointierten Ausfälle gegen den Reichskanzler und Herrn von Keudell keinen Boden mehr gewinnen, ebensowenig der einen neu eingegangenen Mißtrauensantrag der Demokraten begründende Frhr. v. Richthofen. Noch ein Trutzsignal des kommunistischen Schlußredners — dann die Abstimmung. Mit erheblicher Mehrheit werden alle Mißtrauensanträge abgelehnt. Das Reichskabinett hat seine Position behauptet — die Minister ziehen sich mit zufriedenen Gesichtern zurück. Noch ein paar weniger aufregende Dinge — dann gönnt sich auch der Reichstag eine Pause und vertagt sich auf die nächste Woche.

Sitzungsbericht.

(269. Sitzung.) CB. Berlin, 11. Februar.

Der Präsident des Reichstages, Löbe, eröffnete die Sitzung bei schwachbesetztem Hause. Auf der Tagesordnung steht das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Reichsinnenminister von Keudell und die kommunistische Interpellation wegen der Beherbergung der „Olympia" auf dem Gute des Herrn von Keudell.

Abg. Torgler (Komm.) begründet die kommunistischen Anträge. Der Reichskanzler habe sich mit Herrn von Keudell solidarisch erklärt. Das Zentrum wolle den jetzigen Innenminister nicht fallen lassen, ganz gleichgültig, wie das Untersuchungsergebnis gewesen sei. Der Reichskanzler wollte sogar ursprünglich eine Erklärung vor der Tagesordnung abgeben, um die Aussprache zu verhindern. Das müßte man als eine unerhörte Vergewaltigung ansehen. Der Präsident rügte diesen Ausdruck. Abg. Torgler geht in breiter Weise auf die Anschuldigungen gegen Herrn von Keudell ein und ruft lebhaftes Pfui rechts hervor, als er Herrn von Keudell das Fehlen des einfachsten Mannesmutes vorwirft. Der Präsident rügt abermals diesen Ausdruck. Dann nimmt das Wort

Reichskanzler Dr. Marx.

Er erklärt, daß er sich nicht darauf beschränken werde, die Interpellationen zu beantworten, sondern, daß er den Gesamtfall von Keudell erörtern wolle.

Dr. Marx fährt fort: Ich habe die Untersuchung in die Hand genommen und beschleunigt. Die Untersuchung war streng objektiv und leidenschaftslos. (Lachen links.) Der Kanzler geht dann zunächst auf die Vorwürfe wegen des Verhaltens des Reichsinnenministers als Landrat von Königsberg (Nm.) in den Tagen des Kapp-Putsches ein. Herr von Keudell habe zugegeben, daß er im März 1920 die Bekanntmachungen des Militärbefehlshabers veröffentlicht habe. Die Veröffentlichungen geschahen auf ausdrückliche Anweisung des ständigen Stellvertreters, des von seinem Amtssitz in Frankfurt a. d. O. abwesenden Regierungspräsidenten. Königsberg (Nm.) sei sehr abgelegen.

Irgendwelche Nachrichten von den anderen Regierungen lagen dem Landratsamt nicht vor. Tägliche Telephonverbindung war abgebrochen. Zuverlässige Nachrichten waren über das Schicksal der damaligen Reichsregierung Bauer nicht zu erreichen. Das Landratsamt war in den Tagen des Kapp-Putsches lediglich auf die Nachrichten der Militärbehörde angewiesen. Sobald die erste Nachricht von der Rückkehr der verfassungsmäßigen Regierung durch die Militärbehörde eintraf, am 18. März 1920, hat Landrat von Keudell diese Nachricht an die nachgeordneten Stellen weitergegeben und die militärischen Bekanntmachungen widerrufen.

Es muß festgestellt werden, daß nach der vorliegenden Rechtsprechung der Beamte in erster Linie zu gehorchen hat. Im Fall Keudell hat eine Anweisung der vorgesetzten Behörde vorgelegen. Der Reichskanzler weist darauf hin, daß damals der militärische Ausnahmezustand bestand und daß die polizeiliche Gewalt auf den Militärbefehlshaber übergegangen war. Danach war Herr von Keudell verpflichtet, den Anordnungen des Militärbefehlshabers nachzukommen. Es war als Landrat für ihn die erste Pflicht, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Auch die Aufstellung von Gendarmen an der Zäckericker Brücke fiel unter diese Pflicht. Er hat alle diese Maßnahmen getroffen, um ein Übergreifen der Unruhen auf weitere Bezirke zu verhindern. Der Kanzler sagt, daß in dem bekannten Zwischenfall mit dem Vertrauensmann des Landarbeiterverbandes Herr von Keudell sich durchaus korrekt verhalten habe.

Als Herr von Keudell am 20. April 1920 nach seiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand um beschleunigte Einleitung einer Untersuchung gegen sich eingekommen sei, sei nichts darauf erfolgt. Ein Disziplinarverfahren ist niemals eingeleitet worden. Herr von Keudell

blieb bis heute ohne Nachricht.

Am 22. Juli 1921 wurde Herr von Keudell vom preußischen Innenminister mit Einverständnis des preußischen Finanzministers vorübergehend der Regierung in Stettin zur Leitung eines Ausschusses zur Feststellung von Kriegsschäden überwiesen. Diese Stelle hat er jedoch wegen Krankheit nicht angetreten. Er gewann jedoch die Auffassung, daß die Regierung ihn wieder verwenden wolle. Aus dieser Tatsache und daraus, daß die Regierung entgegen dem Verhalten gegen andere Landräte gegen Herrn von Keudell keine Untersuchung einleitete, mußte der Schluß gezogen werden, daß auch die preußische Staatsregierung sein Verhalten nicht in so schlimmer Weise verurteilt hat. Was den

Küstriner Putsch

anbelangt, so steht fest, daß der jetzige Reichsinnenminister keinesfalls unmittelbar nach dem Putsch bei Oberst Gudovius für Buchrucker eingetreten ist.

Der Kanzler kommt nun auf die kommunistische Interpellation zu sprechen. Herr von Keudell sei jahrelang von den verschiedensten Organisationen angegangen worden, er möge Mitglieder von ihnen einige Zeit auf seinem Gute unterbringen. Keudell hat ebenso jahrelang in weitestgehendem Maße solche Gastfreundschaft gegeben, auch für Kinder aus dem Ruhrgebiet und für jüdische Pfadfinder. Persönlich hat er sich um solche Gäste fast nie gekümmert.

Der Verband Olympia

ist Herrn von Keudell nur aus der Presse bekannt. Es ist möglich, daß einzelne Offiziere, wie Oberst von Luck, zeitweilig auf dem Gute gewesen sind, aber Herr von Keudell ist in keine nähere Beziehung zu ihnen getreten.

Die Linke bricht wiederholt bei den Darlegungen des Kanzlers in Unruhe und lärmende Zurufe aus, so daß der Reichskanzler erregt die Linke anredet und sagt:

„Meine Herren, bei Ihnen ist das Urteil schon gesprochen; ich aber betrachte solche Kundgebungen als eine Unverfrorenheit ersten Ranges; denn ich weiß meine Pflicht sehr gut zu tun. Auch nach der Feststellung des Reichswehrministers ist es einem Offizier erlaubt, während seines Urlaubs an sportlicher und turnerischer Ausbildung teilzunehmen. Verhandlungen wegen Unterbringung junger Leute zu diesem Zweck haben auf dem Gute des Herrn von Keudell stets mit der Verwaltung stattgefunden. Die Behauptung, als habe Herr von Keudell eine Abteilung selbst geführt, bestreitet der Reichsinnenminister. Was den gesellschaftlichen Boykott des Herrn von Treskow angeht, so sind die Beziehungen deshalb abgebrochen worden, weil dieser vertrauliche Dinge verraten hat. Es hat sich dabei nicht um Diktaturbestrebungen, ihre Bekämpfung oder irgendwelche Putschpläne gehandelt.

Alle Vorwürfe unberechtigt.

Der Reichskanzler kommt zum Schluß und erklärt mit gehobener Stimme, daß er auf dieser Grundlage nach genauester, gewissenhaftester Prüfung sagen möchte, Vorwürfe gegen Herrn von Keudell wegen rechtswidrigen Verhaltens in der Vergangenheit sind nicht berechtigt. Ich bin der Überzeugung, sagt Dr. Marx, daß die überaus große Mehrheit des Hauses diese meine Auffassung teilen wird. Persönlich will der Kanzler noch bemerken, daß er glaube, in Herrn von Keudell einen Mann kennengelernt zu haben, der sein Wort hält. (Große lärmende Unterbrechungen von links.)

Der Kanzler betonte schließlich, daß sich die Tätigkeit auch der neuen Regierung nur auf dem Boden der Verfassung abspielen werde. Nach den Besprechungen mit Herrn von Keudell habe er die Überzeugung gewonnen, daß er in dessen Person für diese Bestrebungen einen treuen Helfer gefunden habe. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien. Unruhe und Lärm links.) Jetzt nimmt das Wort der

Reichsinnenminister von Keudell.

Er erklärt, es widerstrebe ihm, von seiner Person zu sprechen, es widerstrebe ihm auch, zu glauben, daß ein Mitglied des Hauses ihm die Verletzung seiner Eidespflicht zutrauen könnte. (Unruhe links.) Nach seiner ganzen Lebensauffassung werde er

selbstverständlich zu seinem Eide stehen

und er erachte es als seine besondere Pflicht, für den Schutz und das Ansehen der Deutschen Republik zu sorgen. Die Worte des Herrn Reichskanzlers an seine persönliche Adresse müsse er mit Dank aufnehmen. Er stimme ihnen zu und werde als Minister alles tun, um ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten im Kabinett zu ermöglichen. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vertrauen des Zentrums für Keudell.

Abg. v. Guérard (Ztr.) erklärte, daß nach den Feststellungen des Reichskanzlers und nach der eben gehörten Erklärung des Reichsinnenministers die Voraussetzungen erfüllt seien, die das Zentrum an sein Vertrauensvotum vom 5. Februar geknüpft habe. Dieses erstrecke sich daher auf das gesamte Reichskabinett, und das Zentrum lehne die gegen den Reichsinnenminister vorgelegten Mißtrauensanträge ab.

Die Sozialdemokraten nicht befriedigt.

Abg. Dr. Landsberg (Soz.) hält die Erklärungen des Kanzlers im Falle der Olympia für unbefriedigend. Ebenso die Verteidigung des Herrn von Keudell im Falle des Kapp-Putsches. Die Haltung des Zentrums sei unbegreiflich. Früher hätte es einen flammenden Aufruf gegen Kapp erlassen und jetzt entschuldige es Herrn von Keudell. Der Reichsminister des Innern, der die Verfassung zu schützen habe, habe mit heißer Liebe für diese Verfassung einzutreten. Wer einmal die Verfassung verletzt habe, könne nicht ihr Schützer sein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Mißtrauensanträge gegen den Reichsinnenminister.

Neben dem kommunistischen Mißtrauensvotum sind auch die Mißtrauensanträge der Sozialdemokraten und Demokraten eingebracht worden. Der Antrag der letzteren wendet sich besonders gegen das Verhalten des Herrn von Keudell im Falle von Treskow.

Das demokratische Mißtrauen.

Abg. Freiherr von Richthofen (Dem.) begründet das Mißtrauensvotum seiner Fraktion. Es hätte sich herausgestellt, daß das angeblich politisch unbeschriebene Blatt von Keudell doch erheblich beschrieben, um nicht zu sagen, befleckt sei. Der Minister soll doch ruhig zugeben, daß er innerlich auf der Seite der Kappisten gestanden habe. Seine Ernennung widerspräche der Staatsraison. An dem Boykott des Herrn von Treskow hätte Herr von Keudell mitgewirkt. Das wäre auch schärfstens zu verurteilen.

Im Schlußwort bezeichnet Abg. Creuzburg (Komm.) die Erklärungen des Reichskanzlers als den Gipfel aller bisherigen Regierungserklärungen.

Ablehnung der Mißtrauensvoten.

Es wurde dann zur Abstimmung geschritten. Es wurde abgestimmt über das demokratische Mißtrauensvotum, worin es heißt, daß durch die Erklärung des Reichskanzlers die Bedenken gegen Herrn von Keudell wegen seiner Haltung beim Kapp-Putsch und wegen des gesellschaftlichen Boykotts gegen Andersdenkende nicht beseitigt seien. Herr von Keudell habe daher nicht das Vertrauen des Reichstages.

Für dieses Mißtrauensvotum stimmten mit den Demokraten die Sozialdemokraten und Kommunisten sowie der Abg. Dr. Wirth (Ztr.). Dagegen stimmte mit den Regierungsparteien die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung. Das Mißtrauensvotum wurde mit 217 gegen 161 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Es folgte dann die gemeinsame Abstimmung über das sozialdemokratische und kommunistische Mißtrauensvotum, die den gleichen Wortlaut haben und besagen, daß Herr von Keudell nicht das Vertrauen des Reichstages habe. Die Abstimmung ergab die Ablehnung der Mißtrauensanträge mit 218 gegen 163 Stimmen bei einer Enthaltung.

Die Ergänzung der Verordnung über die Fürsorge für erwerbslose Seeleute wurde dann in zweiter und dritter Beratung ohne Debatte angenommen; ebenso nach unwesentlicher Aussprache unter Ablehnung aller Abänderungsanträge der Gesetzentwurf über die Reichswohnungszählung im Jahre 1927 und die Feststellung der Zahl der Wohnungsuchenden. Dabei wurden auch einige Entschließungen des Ausschusses angenommen, die bei der Aufnahme unter anderem berücksichtigt wissen wollen die Zahl der Untermieter, die Staatsangehörigkeit und die Zahl der in Werkwohnungen Untergebrachten.

Darauf vertagte sich das Haus auf Mittwoch, den 16. Februar.

Schon wieder Krieg?

Die Befürworter des „Nie wieder Krieg" brauchen sich nicht zu beunruhigen — es handelt sich um keinen Krieg mit Flinten und Kanonen, mit Kampfflugzeugen und Tanks und Giftgasen. Solche völkerbundwidrigen Waffen scheinen vielleicht zwischen Schanghai und Hankau oder zwischen Lissabon und Oporto noch nicht entbehrlich zu sein, wie ja überhaupt für oder gegen Bürgerkrieg und Barrikadenkämpfe der Genfer Friedenspalast einstweilen noch keine Zuständigkeit besitzt. Aber sollte nicht eigentlich seine Führung schon stark genug sein, um auch Handelskriege zwischen benachbarten Völkern, die gegenseitig immer versichern, daß sie einander nur das Allerbeste wünschen, unmöglich zu machen?

Zwischen Deutschland und Polen wird nun schon zwei volle Jahre lang ebenso angestrengt wie erfolglos über einen handelsvertraglichen Ausgleich ihrer beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen, über die Aufstellung zweckmäßiger Regeln für den Grenz- und Handelsverkehr, für Niederlassungen und Geschäftsausübungen verhandelt, und wenn nicht alles täuscht, werden diese Verhandlungen endgültig abgebrochen und aufgegeben werden. Mit Frankreich haben wir es wenigstens zu

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF